

# Laibacher Zeitung.



Nr. 39.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. 5. 11, halbj. 8. 5. 50. Für die Anstellung im Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. 8. 15, halbj. 8. 7. 50.

Montag, 17. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 50 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Inserionsrempeel jedesmal 20 fr.

1868.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Februar d. J. den Privatdocenten an der Universität in Wien Joseph Vofchnidit zum außerordentlichen Professor der Physik an dieser Hochschule allergnädigst zu ernennen geruht.

Hafner m. p.

Der k. k. Finanzminister hat die Räte der k. k. Börse in Wien Moriz Freiherrn v. Wodianer, Wilhelm Ritter v. Boschan, Johann Gögl, Ad. Klaar und A. Prellog, welche nach vollendetem Amtsdauer die Reihe zum Austritte traf, in ihren Functionen als k. k. Börseräthe auf weitere drei Jahre bestätigt und den Großhändler Alfred Edlen v. Kendlcr zum k. k. Börserath ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 16. Februar.

Die Angelegenheit der hannoverschen Emigranten, welche wir neulich berührten, scheint die Tagespresse, insbesondere die ministerielle preussische Presse in neuester Zeit lebhaft zu beschäftigen. Es wird nämlich die Ansammlung der Hannoveraner in der Schweiz, deren Uebertritt nach Frankreich und damit im Zusammenhange die Ertheilung österreichischer Pässe an eine größere Anzahl von Legionären lebhaft erörtert und zu einer Angriffswaffe gegen die österreichische Regierung gemacht. Die „Wr. Abendpost“ bringt hierüber nachstehende Erklärung:

Die öffentliche Tagespresse, insbesondere aber die ministerielle preussische Presse, beschäftigt sich in neuester Zeit lebhaft mit der Thatsache der Ansammlung von Hannoveranern in der Schweiz, deren Uebertritt nach Frankreich und damit im Zusammenhange mit der Ertheilung österreichischer Reisepässe an eine größere Anzahl von solchen „Legionären“. Was die ersterwähnten Thatsachen anbelangt, so ist die Regierung Sr. Majestät des Kaisers nicht in der Lage irgend welche nähere Aufklärungen zu geben. Sie ist — wie wohl nicht erst ausdrücklich versichert zu werden braucht — der ganzen Angelegenheit vollständig fern geblieben; über die Thatsachen selbst so wie über den Zweck und die Bedeutung, die ihnen preussischerseits zuerkannt werden, hat sie erst durch die öffentlichen Blätter und die Mittheilungen des Berliner Cabinets Kenntniß erhalten. In dieser Beziehung darf sie jede Verantwortung von sich mit Entschiedenheit ablehnen.

Einigermaßen anders steht allerdings die Frage bezüglich der Ertheilung österreichischer Reisepässe an eine Anzahl von Hannoveranern, und wir sind ermächtigt, auch in dieser Beziehung die thatsächlichen Verhältnisse mit aller Offenheit darzulegen. An sich kann die Ertheilung von Reiselegitimationen auch an Ausländer, namentlich dann, wenn sie in Folge von staatlichen Umwälzungen als Landesflüchtige sich an ihre heimische Behörde nicht wenden können oder wollen, keineswegs den Gegenstand einer völkerrechtlichen Beschwerde bilden. Dies Recht wurde und wird anstandslos von allen Staaten geübt, es ist beispielweise zur Zeit der letzten polnischen Insurrection auch von Preußen in Anspruch genommen worden, als es der dortigen Regierung darauf ankam, polnische Flüchtlinge aus dem Territorium des preussischen Staates zu entfernen. Allein die strengen Erhebungen, welche von Seite der kaiserlich österreichischen Regierung in Folge der preussischen Reclamation sofort gepflogen wurden, haben, wie wir auszusprechen keinen Anstand nehmen, allerdings ein Hinübergreifen der untergeordneten polizeilichen Behörden über dieses Maß hinaus erwiesen, und es hat dies nicht allein in crasser Rüge und gemessenen Weisungen an die Behörde, sondern auch zu eindringlichen Vorstellungen gegenüber der Umgebung Sr. Majestät des Königs Georg Anlaß gegeben. Die angelegtesten Erhebungen sind dem Berliner Cabinet mit rückhaltloser Offenheit mitgetheilt und anscheinend mit Befriedigung aufgenommen worden. Um so mehr ist zu bedauern, daß das Vorgehen der österreichischen Regierung, nach Eintreffen jener Eröffnungen, gerade von Seite der ministeriellen preussischen Presse Deutungen unterzogen wird, die als völlig willkürlich und ungegründet bezeichnet werden müssen. Wir unsererseits sind der Ansicht, daß die offene Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse genügen wird, um das Urtheil der öffentlichen Meinung mit aller Entschiedenheit zu bestimmen.

In Italien concentrirt sich die drängende Aufgabe des Tages in der schleunigen Regelung der Finanzen. Das Passivbudget des Finanzministeriums beläuft sich für das laufende Jahr auf 649,002,268 Lire. Hierunter figuriren die dem Staate durch die Aufhebung von Klöstern, geistlichen Corporationen etc. erwachsenen Ausgaben mit nicht weniger als 105,199,714 Lire und die entsprechenden Einnahmen vermögen bei weitem nicht diese Rubrik zu decken. In Folge dieses Umstandes gelangt unter anderem die „Opinione“ zu der Schlussfolgerung, daß selbst der Verkauf der Kirchengüter, auf dessen Ergebnisse man so große Hoffnungen setzt, diese nicht erfüllen werde. Eine Anlehensoperation lasse sich auf dieser Basis unter den bestehenden Creditverhältnissen keineswegs mit Aussicht auf guten Erfolg abschließen. Um diesen zu erzielen, müsse vor allem das Vertrauen wieder hergestellt sein, was einzig und allein unter Berücksichtigung der von der Bevölkerung in ihren Adressen ausgesprochenen Wünsche der Fall sein könnte.

Sechshunddreißig italienische Großstädte bestürmen die Deputirtenkammer, sich jetzt nicht um die Politik zu kümmern, das Ansehen der Regierung nicht durch unnütze Parteimänöver zu untergraben, sondern einzig und allein die Hebung des so tief gesunkenen Landescredits im Auge zu behalten.

Parallel mit diesen Adressen gehen die an General Lamarmora gerichteten Zuschriften, zu denen der von ihm kürzlich in Form einer Broschüre an seine Wähler gerichtete Brief und die in demselben über die Verhältnisse und Aufgaben Italiens, seiner Bevölkerung und seiner Regierung dargelegten Ansichten Anlaß gegeben haben. Dem General wird in diesen Zuschriften die unbedingtste Zustimmung ausgesprochen und die Bitte an ihn gerichtet, seinen ganzen Einfluß auf Kammer und Regierung aufzubieten, damit das Land doch einmal der erhofften Ordnung und Ruhe theilhaftig werde.

In England wird mit Rücksicht auf das schlechte Befinden des Premiers schon die Frage einer Umgestaltung des Cabinets erörtert. Die „Times“ spielen nicht undentlich auf ein Coalitionministerium an, da seit jener Zeit, wo Lord Derby die Würde des Portefeuille's bloß deshalb, weil kein anderer dazu Tauglicher da war, übernommen hat, so manches staatsmännische Talent entdeckt worden sei, die Meinungen sich geklärt hätten und was man als verschiedenartig ansah, sich zusammengefunten, aber mancherlei, das man für gleichartig hielt, sich getrennt habe.

Auch „Daily News“ halten es für zeitgemäß, in Erwägung zu ziehen, wer weiter des Unterhauses sein könne. Disraeli könne nicht der Mann der liberalen Partei sein; Stanley und Cranborne seien noch nicht an der Zeit, Bright denke wohl selbst nicht daran, aber seine Stellung im Hause wie im Lande und seine ausgezeichnete Rednergabe befähigen ihn wohl als Minister der Königin auch das Haus der Gemeinen zu führen.

Die Angabe des „Weekly Register“, daß Gladstone bald nach Eröffnung der Session einen eingehenden Antrag wegen Abschaffung der irischen Staatskirche einbringen werde, der nothwendiger Weise die Existenz des jetzigen Toryministeriums in Frage stellen würde, wird von einem anderen vielverbreiteten irischen Blatte, „The Belfast Newsletter“, als eine bloße Erfindung bezeichnet.

Die „Patrie“ fährt fort, die Ansicht zu bekämpfen, daß die in Serbien und Bulgarien herrschende Aufregung den Orient in Brand stecken könne. Es seien die dortigen Vorgänge vielmehr vereinzelte Explosionen, deren ursprünglich bis nach Constantinopel geleitete Kette glücklicher Weise bei Zeiten gesprengt worden sei. Den bekannten Verwahrungen der Bukarester Regierung glaubt die „Patrie“ vollen Glauben schenken zu dürfen.

## Fünfte Sitzung des Plenums des Budgetausschusses.

Wien, 14. Februar. Unter dem Vorzuge des Obmannes Dr. v. Kaiserfeld und in Gegenwart Ihrer Excellenzen des Reichskanzlers Freiherrn v. Beust und des Reichsfinanzministers Freiherrn v. Becke hielt der Budgetausschuß gestern Abends 6 Uhr eine Sitzung, welche bis 9 Uhr währte.

Der Antrag des Subcomité über die Zolleinnahmen und Zollrückvergütungen wurde angenommen, wobei Delegirter Wolfrum die Bemerkung machte, daß die Zollrückersätze jedenfalls zu niedrig gegriffen sind.

Ebenso wurden die Titel 1, 2, 3, 4, 8, 9, 10,

11, 12, 13 bis 16 ohne nennenswerthe Debatte nach Antrag des Subcomité genehmigt.

Dagegen entspann sich über den Titel 17, „Reichspensionen“, eine lebhafte Debatte, bei welcher sich insbesondere die Delegirten Skene, Rechbauer, Groß (Wels), Schindler, Eichhoff, Vasser, Banhaus, Pratobervera, Wolfrum und der Berichterstatter Baron Hoch betheiligten.

Vorrerst wurde über Antrag des Delegirten Skene in der Begründung des Berichtes hervorgehoben, daß man in die Einstellung der geforderten Summe von 1,800,000 fl. mit Rücksicht auf die Zweifelloßigkeit der bestehenden Verpflichtung des Reiches zur Zahlung dieser Pensionen eingehe. Delegirter Skene wirft besonders die Frage auf, ob das Subcomité auch die Frage erörtert, ob nicht höhere als die gesetzlich erlaubten Pensionen in diese Summe eingestellt seien.

Delegirter Dr. Rechbauer, welcher sich dieser Frage anschließt, erörtert dieselbe von rechtlichen und Opportunitätsstandpunkte und hebt hervor, daß nach dem Wortlaute des Gesetzes über die gemeinsamen Angelegenheiten diese Pensionen heute schon schwer zu behandeln sein dürften, daß jedoch nach dem Sinne und dem Geiste des § 1, lit. c, des Gesetzes über die gemeinsame Staatsschuld kein Zweifel obwalten könne, es seien diese Reichspensionen in das Budget des Reichsfinanzministeriums aufzunehmen und daher von der Delegation zu bewilligen; doch stellt er schließlich den Antrag auf folgende Resolution:

„Die Delegation erklärt hierbei, daß durch die Einstellung der präliminirten Pensionssumme von 1,800,000 fl. in das gemeinsame Budget der künftigen Beschlußfassung des Reichsrathes und des ungarischen Reichstages über die gesetzliche Regelung der Verpflichtung zur Tragung der Kosten für die Pensionen der bis jetzt in Ruhestand getretenen Staatsbeamten in keiner Weise vorgegriffen werde.“

Delegirter Groß (Wels) stellt den Antrag: Es seien jene Beträge, die über 8400 fl. für einen Pensionisten bemessen erscheinen, nicht zu bewilligen und der Mehrbetrag in der Gesamtsumme von 12,150 fl. bei vier betragten Pensionen zu streichen.

Delegirter Schindler glaubt, daß mit Rücksicht auf die Beschlüsse der ungarischen Delegation und der diesen Beschlüssen zu Grunde liegenden Argumentationen die Pensionen der ungarischen und croatischen Hofkanzleien zunächst gestrichen werden sollten, und ebenso beantragt.

Deleg. Baron Eichhoff den Abstrich der von dem Ministerium vorgenommenen Abrundung der Pensionen im Betrage von 60,000 fl. und den Abstrich eines Spere. Intercalare's bei der ganzen Summe, weil ja die Zahl dieser Pensionisten, welche hier gemeint sind, nicht zunehmen, sondern nur durch Todesfall abnehmen könne. Baron Hoch spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Abstrich so wie auch gegen die Rechbauer'sche Resolution aus und wird von Baron Vasser unterstützt, welche beide hervorheben, daß bei Beurtheilung dieser Post als oberster Grundsatz festgesetzt werden müsse: Verpflichtungen, welche das ganze Reich übernommen hat, sollen auch vom ganzen Reich getragen werden.

Nach der eingehenden Erörterung des Baron Hoch über die Anträge Schindler und Eichhoff ziehen die beiden Delegirten ihre Anträge zurück.

Deleg. Wolfrum stellt den Antrag: Es sei, ohne in eine nähere Prüfung der einzelnen Pensionen einzugehen, eine Pauschalsumme von 1,700,000 fl. zu bewilligen und eine Resolution zu beschließen, dahin gehend: „Die Nichtigstellung der einzelnen Pensionen ist durch eine vom Reichsministerium mit den beiden Landesfinanzministerien vorzunehmende Liquidation sicherzustellen und das Resultat ist der nächst zusammenzubehufenden Delegation vorzulegen.“

Nachdem schließlich noch der Reichsfinanzminister sich über das Princip ausgesprochen, von welchem die Regierung bei Verfassung dieser Budgetpost ausgegangen war, wurde zur Abstimmung geschritten und die Summe mit 1,800,000 nach dem Antrage des Subcomité angenommen, ebenso die Resolution Rechbauer und von jener des Delegirten Wolfrum aber nur der erste Theil; der Nachsatz, betreffend die Vorlage des Liquidationsergebnisses an die nächste Delegation, blieb in der Minorität.

Schließlich ist noch zu bemerken, daß dem Budgetausschuße die Regierungsvorlage über das außerordentliche Erforderniß für das Landheer und die Kriegsmarine vorgelegt wurde.

Dieses beträgt im Ganzen 31,686,000 fl.



## Oesterreich.

Die Regierungsvorlage an die Delegation des Reichsrathes betreffend das außerordentliche Erforderniß der k. k. Landarmee und der k. k. Kriegsmarine für das Verwaltungsjahr 1868 enthält in ihrem Voranschlage folgende Zifferansätze, u. z.:

A. Voranschlag über das außerordentliche Erforderniß der k. k. Landarmee für das Verwaltungsjahr 1868:

I. Einmaliges außerordentliches Erforderniß.	
1. Neubewaffnung der Armee mit Hinterladgewehren, dann Ergänzung der Abgänge an Truppen-, Armatur- und Artilleriemateriale . . . . .	21,700.000
2. Ergänzung der Kriegserfordernisse an Montur und Rüstung . . . . .	2,700.000
3. Complete Kriegsausrüstung der Landarmee mit einem neu organisirten Armeetrain, dann vollständige Instandsetzung der vorhandenen Kriegsbedürfnisse an Zuggeschirren . . . . .	685.000
4. Außerordentliche Remontenananschaffung für die neu organisirte Artillerie . . . . .	126.000
5. Vollständige Ausrüstung der Feldsanitätsanstalten . . . . .	75.000
6. Neubauten von Festungswerken und Militärbauwerken . . . . .	1,800.000
Summe . . . . .	27,086.000
II. Transitorisches außerordentliches Erforderniß.	
7. Gebühren der Supernumerären aus den Feldzügen des Jahres 1866 . . . . .	3,600.000
Zusammen: Budget für die außerordentlichen Ausgaben der k. k. Landarmee im Jahre 1868 . . . . .	30,686.000

B. Voranschlag über das außerordentliche Erforderniß der k. k. Kriegsmarine für das Verwaltungsjahr 1868.

Einmaliges außerordentliches Erforderniß:	
1. Materialanschaffungen und Arsenalauslagen . . . . .	270.000
2. Land- und Wasserbauten zu Pola . . . . .	730.000
Zusammen: Budget für die außerordentlichen Ausgaben der k. k. Kriegsmarine für das Jahr 1868 . . . . .	1,000.000

Der detaillirten Begründung jeder einzelnen Ziffer dieser Voranschläge geht folgende Bemerkung voraus:

„Ehe man in die Begründung in Einzelnen übergeht, erlaubt sich das Ministerium im allgemeinen die Versicherung vorauszuschicken, daß es dabei in genauer Würdigung der schwierigen finanziellen Lage der Monarchie und im vollen Bewußtsein der Größe der den gemeinschaftlichen Kräften angefallenen Last vorging und daß es, von der Erkenntniß einer gebieterischen Pflicht und einer unausweichlichen Nothwendigkeit geleitet, die Anforderungen auf das Maß des strengsten Bedarfs eingeeengt und alles Entbehrliche oder nicht Unauschiebliche im vorhinein sorgfältig ausgeschieden hat.“

Die Regierungsvorlage schließt mit folgendem Antrag:

Auf Grund dieser Darstellung beantragt das Reichsministerium, die löbl. Delegation des h. Reichsrathes wolle diesen Voranschlag des außerordentlichen Erfordernisses der Landarmee und der Kriegsmarine der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und darüber Beschlüsse fassen, die nachstehende Bestimmungen zu enthalten hätten:

1. Zur Bedeckung des unter den Postnummern 1 bis 6 dargestellten einmaligen außerordentlichen Erfordernisses des Landheeres wird dem Kriegsministerium ein außerordentlicher Credit ein für alle mal von 27,086.000 fl. bewilligt.

2. Ein Virement zwischen den unter verschiedenen Postnummern vorkommenden Auslagen findet nicht statt und dürfen die bewilligten Beträge nur zu den angegebenen Zwecken verwendet werden.

3. Zur Bestreitung der Gebühren der Supernumerären aus den Feldzügen des Jahres 1866 wird dem Kriegsministerium ein außerordentlicher Credit bis zur Höhe von 3,600.000 fl. bewilligt, welcher nur nach Maß des thatsächlichen Erfordernisses des Jahres 1868 in Anspruch genommen werden darf.

4. Für das einmalige außerordentliche Erforderniß der Kriegsmarine wird dem Kriegsministerium ein außerordentlicher Credit, und zwar für Materialanschaffungen und Arsenalauslagen von 270.000 fl. und für Land- und Wasserbauten zu Pola 730.000 fl., mithin zusammen von einer Million, jedoch ohne Zulassung eines Virements zwischen diesen beiden Posten, bewilligt.

5. Von diesem gemeinsamen außerordentlichen Gesamterfordernisse von 31,686.000 fl. ist nach dem gesetzlichen Quotenverhältnisse der Betrag von 22,180.200 fl. in den Voranschlag der im Reichsrathe vertretenen Länder und der Betrag von 9,505.800 fl. in den Voranschlag der Länder der ungarischen Krone einzustellen.

6. Sollte zur Bedeckung dieser Auslage die gemeinschaftliche Benützung des öffentlichen Crediten als entsprechend erkannt werden, so sind die Gesetzesvorlagen von den zuständigen verantwortlichen Ministerien bei den genannten Legislativen einzubringen.

Beust m. p.

Becke m. p. Ruhn m. p., F.M.

Wien, 14. Februar. [N. Fr. Pr.] (Der „Volksfreund“ und Herr v. Lasser.) Der „Volksfreund“ hat — und Sie haben davon Notiz genommen — aus Anlaß der Ernennung des Herrn v. Lasser zum Statthalter von Tirol eine Art Geheimgeschichte dieser Ernennung zum Besten gegeben, im wesentlichen des Inhalts, daß dieselbe bis zu den letzten Tagen in der Schwebe gewesen, da Herr v. Lasser, das einzige Mitglied des Ministeriums Schmerling, welches seinerzeit in „auffälliger“ Form und ohne darum nachgesucht zu haben, seine Entlassung erhalten, bevor er aus den Händen des gegenwärtigen Ministeriums wieder ein Amt annehme, seine Rehabilitirung durch ein kaiserliches Handschreiben begehrt habe. Das einzig Richtige in der ganzen Geschichte ist, daß die betreffende Ernennung wirklich bis zu den letzten Tagen geschwebt hat, genau so lange nämlich, bis sie von Sr. Majestät vollzogen worden. Im Uebrigen aber wird es genügen, neben der beiläufigen Bemerkung, daß ein Statthalter seine — allerdings ministeriell gegengezeichnete — Ernennung nicht aus den Händen des Ministeriums, sondern des Kaisers entgegennimmt, auf den Wortlaut des seinerzeit in der „Wiener Zeitung“ veröffentlichten und also jedermann — auch dem „Volksfreund“ — zugänglichen a. h. Handschreibens zu verweisen, welches die Enthebung des damaligen Verwaltungsministers genau in derselben Form wie die der übrigen Mitglieder des Ministeriums Schmerling, d. h. „auf seine Bitte“ und „unter Anerkennung seiner treuen und eifrigen Dienste“ ausspricht, also sicher nicht in einer Form, nach welcher der Enthobene einer Rehabilitirung hätte bedürftig sein können.

(Concordat.) Nachrichten aus Rom zufolge wäre die motivirte österr. Vorlage des Cabinets, die Angelegenheit des Concordates betreffend, am 9. Februar in die Hände des Cardinal-Staatssecretärs gelangt und wird zunächst zur Prüfung und Begutachtung dieser Vorlage eine aus Cardinälen und Canonisten zusammengesetzte Commission berufen.

Prag, 13. Februar. (Vom bürgl. Infanteriecorps.) Bezüglich der dieser Tage anlässlich des Leichenbegängnisses eines Mitgliedes des bürgl. Infanteriecorps stattgefundenen Demonstration von Seite mehrerer Corpsmitglieder wurde von der Statthalterei eine Aufklärung vom Corpscommando abverlangt, weshalb auch gestern Nachmittags die Officiere dieses Corps zu einer außerordentlichen Versammlung in der Corpskanzlei erschienen, zu welcher auch die Ehrenofficiere eingeladen waren. Der Corpscommandant, Ritter von Klenka, führte den Vorsitz, und betonte in längerer Rede, daß Mittel geschafft werden müssen, um die Einigkeit und bestehende Ordnung im Corps zu erhalten. Hauptmann Bendulak stellte den Antrag, gegen Unruhestifter im Corps mit aller Strenge vorzugehen, ja sogar auch ihre Ausschließung aus demselben zu veranlassen. Ob schon dieser Antrag auch Unterstützung fand, gewann er jedoch keinen festen Boden, da Hauptmann Makovsky gegen einen solchen Vorgang sprach. Hinsichtlich der zu erstattenden Aufklärung wurde beschlossen, dieselbe dahin abzugeben, daß den bestehenden Corpsstatuten zufolge kein Zwang betreffs der Ausrückungen den Corpsmitgliedern auferlegt werden könne.

Bodenbach, 14. Februar. (Die Hochzeitsfeiergäste des Königs von Hannover) treffen hier am 16. d. ein; ein Separatzug der Staatsbahn ist zur Weiterfahrt von Wien aus gestellt worden.

Vest, 14. Februar. (Der Kaiser. — Gewerbebefreiheit. — Die Graner Kuppel.) Minister Wenheim hat von Wien hierher telegraphirt, der Kaiser beabsichtige die letzten Faschingsstage hier zuzubringen und den Bürgerball zu besuchen. Der Bürgerball ist demzufolge auf den 24. d. verschoben. — Die gestrige Directions-Sitzung des ungarischen Landes-Industrie-Vereins hat sich für die volle unbedingte Gewerbebefreiheit erklärt. — „Pirnöl“ berichtet, die Graner Domkuppel befinde sich in einem besorgnißerregenden Zustande. Nach dem Urtheil dreier ausgezeichneten Architekten sei eine längere Hinausschiebung der nothwendigen Reparaturen mit der größten Gefahr verbunden.

## Ausland.

Karlsruhe, 13. Februar. (Abgeordnete n. k. k. Reichsrath.) Der Staatsminister Jolly über die Neubildung des Cabinets sprechend, sagt: Die Politik bleibt unverändert, wir werden so viel an uns ist dazu beitragen, den großen, allgemeinen, deutschen Nationalstaat zu begründen und in diesen als würdiges Glied einzutreten. Der Minister bittet um die fortdauernde Unterstützung der Kammer für das Ministerium, welches durchaus die Richtung des frühern verfolgen wird.

Florenz, 12. Februar. (In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer) wurde die Budgetdiscussion fortgesetzt. Eine Tagesordnung, welche die Ausgaben für die außerordentlichen Seebauten bis nach Herstellung des Budgetgleichgewichtes verschoben wissen wollte, wurde verworfen. Die „Opin.“ bemerkt bei diesem Anlasse, daß außerordentliche Arbeiten anordnen, ohne dazu die Mittel zu benützen, eben so viel heiße, als einen Wechsel ausstellen, ohne sich um die Herbeischaffung der Fonds zur Bezahlung desselben

bei Verfallzeit zu kümmern. Italien habe von 1861 bis 1867 über 500 Mill. auf öffentliche Arbeiten verwendet; dazu kommen die Eisenbahngarantien, welche für 1868 auf 55 Mill. anzuschlagen sind — Summen, die einer schwebenden Schuld von 700 Mill. gegenüber wohl geeignet seien, ernstliche Besorgnisse einzulösen. Bei Verathung des Militärbudgets fand Miceli die für die Carabinieri ausgeworfene Summe übertrieben. Oesterreich habe in Lombardo-Venetien ein Drittel weniger ausgegeben als Italien. Dieses verwende zu viel auf die öffentl. Sicherheit. Letztere lasse sich aufrechterhalten, ohne daß man zum Terrorismus greife. Der Carabinier habe fast überall mehr Macht, als ein Präfect oder Syndicus, sollte aber nur ein Soldat und Vollziehungsorgan, keineswegs aber der Herr sein. Menabrea nahm die Carabinieri gegen diese Vorwürfe energisch in Schutz, und die Kammer genehmigte zwar nicht die von der Commission vorgeschlagene Ersparniß von einer Million, strich aber eine halbe.

14. Februar. (Cardinal- und Senatoren-Ernennungen. — Expedition nach den Laplata-Staaten.) Von der päpstlichen Grenze wird Folgendes gemeldet: Es wurde beschlossen, daß der Erzbischof von Paris sich unter den nächsten Cardinalsernennungen nicht befinden werde; dafür werde Abbé Bonaparte den Cardinalshut erhalten. Demnächst erfolgt die Ernennung von neuen Senatoren. — Die italienische Escadre geht in kurzem nach den Laplata-Staaten ab.

Paris, 13. Februar. (Ministerwechsel.) Die „Epoque“ erwähnt eines Gerüchtes von einem liberalen Umschwung. Es soll sich um die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums unter Rouher mit Buffet, Segris und Lagueronniere handeln. Dasselbe Blatt fügt hinzu, das Gerücht bedarf der Bestätigung, sei jedoch nicht unwahrscheinlich. — Die „Presse“ und die „Liberte“ erwähnen analoger Gerüchte.

Paris, 14. Februar. (König Ludwig frank.) Der „Estandard“ meldet in einem Telegramme aus Nizza vom heutigen Tage, daß König Ludwig I. von Baiern gestern Abends sehr leidend war. Es ist den Aerzten gelungen, dem Weitergreifen der Krankheit Einhalt zu thun, und ist es gestattet, die Genesung des Königs zu erhoffen. Der König hat keinerlei Beunruhigung über seinen Zustand gezeigt.

Bukarest, 14. Februar. (In der Kammer) beantwortete Minister Bratiano die Interpellation des Deputirten Carp dahin, daß Rumänien keine fremden Banden beherberge. Bezüglich der auswärtigen Politik könne sich die rumänische Regierung nicht wie andere Regierungen aussprechen; sie lasse sich einzig durch die Wohlfahrt und das Interesse für das Land leiten. Die Versammlung stellte sich mit dieser Erklärung vollkommen zufrieden.

(Levantepost.) Der Lloyd-Dampfer „Erzherzog Ferdinand Max“ brachte die Levantepost mit Nachrichten bis zum 8. d. M. In Constantinopel heißt es, Ali Pascha werde nach Paris gehen, um mit Moustier über die Verleihung einer Art von Autonomie für die Insel Kreta unter einem christlichen Gouverneur zu unterhandeln und gleichzeitig die Einladung des Sultans an Kaiser Napoleon zum Besuche Stambuls zu überbringen. Gleich nach der Abreise des Großveziers von Kreta werde Omer Pascha dahin zurückkehren. — Graf Brassier de St. Simon hat seine Beglaubigungsschreiben als Gesandter des Nordbundes übergeben. — Das neue französ. Lyceum wird nächstens in den Localen eröffnet werden, welche bisher die medicinische Schule in Galata Serai inne hatte. — Die amerikanische Corvette Ticonderoga ist in der Bai von Suda angekommen. Admiral Farragut wird ihr binnen kurzem mit seinen Geschwadern nach dem Archipelagus folgen. — Bei der Admiralität verhandelt man über die Anschaffung von 30 300pf. Armstrongs zu 2000 Pf. St. pr. Stück. — Das in Constantinopel in arabischer Sprache erscheinende Organ des Vicekönigs von Egypten, „Zowaid“, plaidirt dafür, daß Abyssinien, nachdem die Engländer es erobert, unter die Verwaltung Ismail Pascha's gestellt werde. Die Engländer werden sich dies wohl reiflich überlegen. — Einem der Tr. Z. freundlichst mitgetheilten Schreiben aus Constantinopel entnimmt dieselbe Folgendes: „Der kais. Botschafter in Constantinopel, Freiherr v. Prolesch-Osten, hat am Montag den 3ten Februar seine Salons mit einer Soirée dansante eröffnet. Die Einladungskarten, welche ausgegeben wurden, lauten für 4 Montage bis zum Schlusse des Carnivals. Das erste der Feste war ebenso glänzend als animirt. Das diplomatische Corps, die Schwäger des Sultans, die Minister und Großwürdenträger, die ganze Gesellschaft von Pera, ein Kranz schöner Damen waren erschienen. Es wurde, bei trefflicher Musik mit der größten Lebhaftigkeit getanzt. Freiherr v. Prolesch-Osten, von einem leichten Unwohlsein vollkommen hergestellt, theilte die Heiterkeit seiner Gäste in gewohnter Lebenswürdigkeit, bis man sich zu später Stunde trennte, mit dem Versprechen, am nächsten Montage gewiß nicht zu fehlen.“ — Griechische Blätter wollen wissen, Fürst Gortschakoff habe eine Denkschrift über die kretische Frage ausgearbeitet, die er den Großmächten mitzutheilen beabsichtige. Man glaube sogar, es sei seine Ansicht, daß die russische Regierung das Recht besitze, zu Gunsten der Christen des Orients zu interveniren, von deren



Lage er eine für die Pforte sehr wenig schmeichelhafte Schilderung entwerfe. — Bei der Königin Olga soll ein russischer Privatsecretär angestellt sein, dessen Gehalt der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten bestreite.

## Tagesneuigkeiten.

(Unglücksfall.) Bei dem Staatsbergbau zu Johndorf in Steiermark ereignete sich dieser Tage ein Unglücksfall mit tödtlichem Ausgange, der erste seit Bestehen des Baues. Ein Arbeiter auf dem Tagbau, der entsendet worden war, um das Bohrloch wie den Wasserzulauf zu inspizieren, stürzte, kaum in das Bassin getreten, augenblicklich todt in das kaum 3 bis 4 Schuh tiefe Wasser. Ein Zwickler, der den Berunglückten retten will, theilt sein Schicksal und weitere vier seiner Gefährten, in gleicher Absicht beigeilt, können nur mühevoll gerettet werden. Die beiden Leichen wurden mit langen Haken herausgeschafft; alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die beobachteten Erscheinungen deuten auf Erstickung durch kohlenstoffreiches Gas, das als Verbrennungsproduct der Kohle mit Schwefel- und Kohlenwasserstoffverbindungen stets aus dem brennenden Flöztheile emporsteigt, sich zufällig in größerer Menge ansammelte und den umschlossenen Raum oberhalb des Bohrloches erfüllte.

(Entdeckung eines neuen Welttheiles.) In der letzten Monatsversammlung der geographischen Gesellschaft in Wien theilte der Vorsitzende, Prof. Hochstetter, die Entdeckung des Nordpolarlandes durch einen amerikanischen Wallfischfänger mit. Dieser gelangte bis 73° 30' nördlicher Breite und sah ein Land vor sich, das schneebedeckt, mit Pflanzenwuchs überdeckt, und bewohnt ist. Terrassenförmig ansteigende Berge erstrecken sich weit ins Land hinein. Das neue Land nannte er „Wrangland“, also sonderbarer Weise nach dem Namen eines Mannes, der die Existenz eines solchen Landes rundweg leugnete. Schon im Jahre 1764 hatte nämlich ein russischer Sergeant Andriew dies Land aufgefunden; die in Folge dessen ausgesandte Expedition unter Wrangels Commando brachte aber gar keine Resultate zuwege. Nun ist es sichergestellt, daß entweder größere Inseln oder ein ausgedehntes Festland von Grönland aus bis zum nördlichen Sibirien sich hinziehen.

## Locales.

(Auszeichnung.) Unserem Landesmanne, dem Generalconsulatskanzler J. Schwegel, wurde zu Folge allerhöchster Entschliessung vom 3. v. M. gestattet, den ottomanischen Medschidsch-Orden dritter Classe annehmen und tragen zu dürfen.

(Kinderball.) Gestern fand in den Salons des Herrn Landespräsidenten v. Cybessfeld ein glänzender Ball statt, welcher auch der Kinderwelt verschiedener Stände hinreichende Gelegenheit bot, ihre Tanzlust zu betriebligen. Der Ball war sehr animirt und währte bis zum frühen Morgen.

(Der Turnerboll) am verflossenen Samstag bezeichnete den Höhepunkt der Saison. Noch hatte sich bisher keine solche Menge tanzlustiger Besucher in den prächtigen Räumen des Casino's eingefunden als diesmal. Man zählte bei der Quadrille 120, später 135 Tänzerinnen. Außer den Turnern in ihrer kleidsamen Tracht sah man die Uniform und den Frack vielfach vertreten. Der hochgeborne Herr Landespräsident v. Cybessfeld beehrte den Ball mit seiner Gegenwart. Aus Cilli hatte sich eine Deputation des dortigen Turnvereins eingefunden. Das Arrangement machte den Comittemitgliedern alle Ehre. Die Eintrittskarten in Lithographie und Farbendruck prächtig ausgestattet, zeigten den Turnerbollspruch in den vier Ecken, in der Mitte das Turnerkreuz von einem Eichenkranz umgeben. Die Damen spenden bestanden in geschmackvollen Bouquets mit frischen Frühlingsblumen, Märzveilchen und Camellen, an den Schleifen war die Tanzordnung angebracht. Der Saal war mit den Turnerelementen und der prächtigen Turnersabne geschmückt. Auch eine musikalische Spende brachte ein Turner Herr B. Janeschitzsch der Gesellschaft in einer von ihm sehr ansprechend und charakteristisch componirten Polka Mazur, welche allgemeinen Beifall fand.

(Römische Alterthümer.) Dieser Tage, schreibt ein Correspondent der „Tagespost“ aus Mann, 13. Februar, wurden bei Erdausgrabungen nächst dem Dorfe Dernovo im Bezirke Gurksfeld, woselbst die altrömische Stadt Noviodunum gestanden, wieder einige interessante Alterthümer gefunden. Das gewichtigste Stück ist eine vier Schuh lange Bleiröhre, deren Durchmesser über drei Zoll beträgt. Dieselbe wurde unter Mauertrümmern so eingelegt gefunden, daß daraus mit Sicherheit geschlossen werden kann, sie müsse bei einer Wasserleitung (möglichst vor 1700 Jahren) gelegt worden sein. Es wäre der Mühe werth, an der gedachten Stelle weitere Nachgrabungen zu veranlassen und vielleicht die ganze Leitung bis an das nahe Gebirge bloßzulegen. Ferner fand man dort ein Stück einer sehr fein gearbeiteten Marmorplatte, dann eine Agraffe aus Bronze von der Form, wie man sie als altitalische Mantelknöpfe auch schon anderen Orts gefunden hat, endlich viele Kupfer- und ein paar Silbermünzen, letztere vorzüglich gut erhalten, von denen die eine den Namen der römischen Kaiserin Julia Moesa und die andere den Namen des römischen Feldherrn Mausidius trägt. Es ist sehr zu bedauern, daß das Auffinden solcher Alterthümer an vieler interessanten Stelle nur dem Zufalle überlassen ist, und daß nicht Sachverständige mit dem notwendigen Aufwande von Zeit

und Mitteln sich der Durchforschung dieses Bodens annehmen. Merkwürdig ist die bis auf den heutigen Tag erhaltene Sage über die Entstehung des Namens Dernovo. Es heißt, daß dieser Theil der Stadt Noviodunum dreimal niedergebrannt sei, und nach dem Wiederaufbau den Namen Tre-novo (dreimal neu) erhalten habe, wovon später der Name Dernovo entstand. (?)

(Schlußverhandlungen) beim k. l. Landesgerichte in Laibach. Am 19. Februar. Jakob Musc mit 5 Genossen: Diebstahl und Wachbeleidigung; Ludwig Geuß: Diebstahl. — Am 20. Februar. Andreas Zigon: Betrug; Andreas Pizent und Thomas Rupnik: Diebstahl; Dominik Zvanut: schwere körperliche Beschädigung. — Am 21. Februar. Franz Primšek, Franz Mramor und Johann Mramor: Holzdiebstahl; Anton Korbič: Diebstahl; Gregor Bajc: öffentliche Gewaltthätigkeit.

## Sitzung der Handels- und Gewerbekammer für Krain vom 15. Jänner.

(Fortsetzung und Schluß.)

4. Zuschrift der k. l. Landesregierung Laibach vdo. 9. November 1867, Z. 8524, mit Uebermittlung des Gesuches der Gemeinde St. Martin in Obertauern um Bewilligung zur Abhaltung von vier Jahr- und Viehmärkten in St. Martin — zur Aeußerung.

Der Herr Kammerpräsident B. C. Supan ergreift das Wort und sagt: Der im politischen Bezirke Steiermark gelegene Ort St. Martin, sowie die anderen dem zunächst gelegenen Ortschaften sind klein; die Geschäfte der wenigen Gewerbetreibenden daselbst sind rein localer Natur und von äußerst bescheidenem Umfange, nur auf die Ortsbedürfnisse berechnet. Ueberdies sind im besagten Bezirke nahezu 60 Jahr- und Viehmärkte, von denen eine ziemlich große Zahl auf die St. Martin nahegelegenen Ortschaften entfällt. Er sieht die Nothwendigkeit der Errichtung von Jahrmärkten in der fraglichen Gemeinde nicht ein und meint, daß dem Gesuche nicht statt zu geben wäre. In Anbetracht des Angeführten, dann in Erwägung, daß durch Schaffung neuer Märkte selbst die bereits bestehenden leiden, ferner in der weiteren Erwägung, daß das viele Marktbesuchen nur die Produktionskraft schwächt und es der petitionirenden Gemeinde nicht so um Hebung der Industrie, sondern vielmehr um Erhöhung der Gemeindecinnahmen zu thun ist, stellt er den Antrag: die Kammer wolle ein abweisliches Gutachten abgeben.

Herr R. Plasnik spricht für die Abgabe eines zustimmenden Gutachtens und wird vom Herrn R. Schreiner unterstützt.

Nachdem noch Herr Horak sich für die Abweisung ausgesprochen, wird der Antrag des Herrn Kammerpräsidenten angenommen.

5. Zuschrift der k. l. Landesregierung vdo. 27. November 1867, Z. 8813, mit der Uebermittlung des Gesuches des Planiner Concurrenz-Strassen-Comitès um Bewilligung zur Errichtung von Wegmauthen an den Planina-Laas-Planitzer-Concurrenz-Strassen — zur Begutachtung.

Herr Vicepräsident Horak ergreift das Wort und erklärt, daß er im Principe aus commercielem und industriellen Interessen gegen die Errichtung von Wegmauthen nicht allein auf den Landesconcurrrenzstrassen, sondern überhaupt auf allen Strassen im Inlande ist, weil dieselben leinweg den Handel und die Industrie zu heben im Stande sind, sondern vielmehr hemmend auf derselben Entwicklung wirken. Er sieht sich jedoch genöthigt, bei diesem speciellen Falle von seinem principiellen Standpunkte abzugeben und die Genehmigung zur Errichtung von Mauthen an den besagten Strassen zu befürworten. Die fragliche Straße ist in commercielem Besitze sehr wichtig und eine der befahrensten, wenn nicht die befahrenste in Krain, weil dieselbe den Handelsverkehr mit Wein, Glas, Holz, Holzwaaren, Vieh etc. aus dem größten Theile Unterkrains und einem Theile der Nachbarprovinz Croatien mit Görz, Triest und Triest vermittelt. Aus der Größe der Frequenz ergibt sich aber auch die Höhe der Erhaltungskosten, welche für die concurrenzpflichtigen Gemeinden geradezu unerschwinglich sind. Nachdem er dies klar nachgewiesen und bemerkt hatte, daß seit der Errichtung der Eisenbahn die Ader, d. i. der Straßendienst, versiegte, die dem dortigen Bewohner die nöthigen Mittel zur seiner Erhaltung, zur Bezahlung der l. f. Steuern und sonstiger Abgaben zuführt, kommt er zum Schlusse, daß derjenige, welcher die Straße benützt, dem sie einen Nutzen bringt, verpflichtet sein solle, ein Entgelt zu entrichten. Unbillig, ja ungerecht ist es, auf den Bewohner, der die Straße nie benützt, und deren gibt es unter den fraglichen Concurrenzpflichtigen sehr viele, die Last der Erhaltung der Straße zu wälzen, aus der er nie einen Nutzen schöpft. Sonach stellt er den Antrag auf Abgabe einer befürwortenden Aeußerung. Nachdem noch der Herr Präsident den Antrag unterstützt hatte, wird derselbe angenommen.

6. Zuschrift der Filiale der österr. Nationalbank vdo. 16. December 1867, Z. 1312, mit dem Ersuchen um einen Fernvorschlag rücksichtlich der Wiederbesetzung zweier bei derselben abgängiger Censorenstellen.

Die Wahl dieser wurde über Antrag des Herrn Kammerpräsidenten mittelst Abgabe von Stimmzetteln vorgenommen, und nach vorgenommener Scrutinirung erschienen folgende Herren gewählt: Josef Gregorits, Johann Fabian und Johann Jamschik, dann Gustav Lönnies, Josef Kusar und Victor Watscher.

Separate Anträge:

a) Der Herr Kammerpräsident, welcher auch den Vorsitz beim Eisenbahncomité führt, berichtet, daß dieses an das

hohe k. l. Handelsministerium bereits das Ansuchen gestellt hat, damit dieses noch in dieser Session dem Reichsrathe das Eisenbahnproject Laibach-Willach vorlegen möchte, und beantragt, daß die Kammer durch das Präsidium eine Petition an den Reichsrath wegen der Spec. Zinsengarantie richten und dieselbe durch den Reichsrath Herrn Dr. Lovro Roman vorlegen möchte. Der Antrag wird angenommen.

b) Der Herr Kammerpräsident stellt ferner den Antrag, daß ein Comité von fünf Mitgliedern aus der Kammer gewählt werden möchte, dem auch andere hervorragende Industrielle beizuziehen wären, welches die Aufgabe hätte, ein Operat, betreffend die Ermäßigung der Frachten, auszuarbeiten und dasselbe in der nächsten Sitzung der Kammer vorzulegen, welche diesen wichtigen Gegenstand beraten und dann die weiteren zur Erreichung dieses Zieles nothwendigen Schritte machen möchte. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und in das Comité folgende Herren gewählt: Josef Gregorits, Horak, Korbin, Supan und Lönnies.

c) Der Herr Vicepräsident ergreift das Wort und bemerkt unter anderm, daß das Vereinswesen in Oesterreich im Vergleiche zu dem in andern Staaten noch keine festen Wurzeln gefaßt habe, woran der Bevölkerung eine Schuld nicht beigemessen werden kann, wohl aber hemmen die bestehenden diesbezüglichen Normen jede freiere Entwicklung. Einen Beweis für diese Behauptung liefert das Entstehen zahlreicher Vereine, von denen sehr viele auf Handel, Gewerbe und Agricultur wohltuend wirken, seitdem in Oesterreich ein freierer Geist waltet. Er erkennt es als dringende Nothwendigkeit für die Hebung des Handels und der Gewerbe in Oesterreich, daß eine Versammlung von Abgeordneten aus den 54 Handels- und Gewerbekammern nach Wien zu einem Handelstage berufen werde, um über die Mittel gemeinschaftlich zu beraten, die den Handel, die Gewerbe und die Agricultur in Oesterreich zu heben geeignet wären, und stellt demnach den Antrag: die Handels- und Gewerbekammer wolle in Erwägung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse eine Denkschrift an das hohe k. l. Handelsministerium richten, in der die Nothwendigkeit der Einberufung eines Handelstages aus Abgeordneten der 54 österreichischen Handels- und Gewerbekammern gründlich dargelegt werden solle.

Der Herr Präsident unterstützt diesen Antrag in längerer Rede und bemerkt überdies, daß sich auch bereits die Kammern von Wien und Graz in gleichem Sinne ausgesprochen haben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

d) Der Herr R. Schwentner erwähnt der Freilegung der Advocacie und stellt mit Rücksicht auf die in den Zeitungsblättern beinahe allseitig erschoßende diesfällige Erörterung, welche das gerechte Verlangen des rechtsuchenden Publicums zur Genüge constatirt, den Antrag: die Kammer wolle eine Petition an das hohe k. l. Justizministerium richten, damit die Freilegung der Advocacie mit thunlichster Beschleunigung im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde.

Der Antrag wurde, nachdem noch Herr Horak denselben unterstützte, einstimmig angenommen.

e) Der Herr Kammerpräsident trägt ein Gesuch des Herrn Kammeranzwälters um eine mäßige Gehaltsaushilfe vor, und erklärt dasselbe für begründet.

Der Herr J. R. Horak beantragt, nachdem er sich vorher lobend über die Thätigkeit des Herrn Kanzlisten ausgesprochen, diesem den monatlichen Gehalt von 37 fl. 50 kr. auf 40 fl. zu erhöhen, in welchem wie bekannt auch der Lohn für den Kammerdiener begriffen ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Darauf erklärt der Herr Präsident die Sitzung für geschlossen.

\* Die diesfällige Petition wurde bereits dem Herrn Dr. Roman zur Vorlage an den Reichsrath eingeschickt.

## Bischof Baraga † am 20. Jänner 1868 zu Marquette (Staat Michigan in Nordamerika).

Die Blätter brachten uns die traurige Kunde von dem Tode unseres ausgezeichneten Landesmannes Friedrich Baraga, Bischofs von Anthonia, apostolischen Vicars in Ober-Michigan (Nordamerika, an den oberen Seen, an der Grenze von Canada). Briefe aus S. Marie und Marquette meldeten eine schon Anfang Jänner eingetretene gefährliche Erkrankung, welche schnell einen bedenklichen Verlauf nahm, den eifrigen Gottesmann aber nicht abhielt, seinem bischöflichen Amte bis in die letzten Tage seines Lebens mit treuer Aufopferung obzuliegen. So ließ sich er in das Städtchen Regaunee tragen, vier Wegstunden von Marquette, um der Grundsteinlegung der neuen Kirche beizuwohnen und das Volk wenigstens durch seine Anwesenheit — denn reden konnte er nicht mehr — zur eifrigen Fortsetzung des Baues anzufeuern.

Friedrich Baraga war am 29. Juni 1797 in Döbernik (Dobruča) bei Treffen in Unterfrain (Wurzbach's Lexicon gibt irrthümlich Laibach an) als Sohn des Herrschaftsbefizers von Treffen geboren.

Nachdem er eine sorgfältige Erziehung genossen und anfangs das Jus studirte, wendete er sich dem Priesterstande zu und ward im September 1823 zum Priester geweiht. Im Jahre 1830 folgte er seinem Rufe als Missionär und ging nach Amerika, zuerst zu den Wilden am rothen Flusse, später zu den Ottawa's; nun erwirkte er sich von seinem Bischofe die Erlaubniß, die Ditschipwäh's, wilde Stämme im Norden des oberen Sees und auf seinen Inseln, zu besuchen. Zu Anfang 1834 machte er sich auf den Weg und erreichte nach unzähligen Mühseligkeiten das Ziel seiner Wander-



zung. Vierzehn Monate Aufenthalt unter diesen wilden Völkern reichten hin, das Befehrwerk zu vollenden. Ende 1836 kehrte B. nach Europa zurück und kam nach Paris, wo er zwei religiöse Bücher für die Neubekehrten schrieb, nämlich ein Gebetbuch, welches Morgen- und Abendgebete, die Messe, Litaneien und Gesänge für die verschiedenen Feste des Jahres enthielt, das andere eine Lebensgeschichte Jesu. Bei der Drucklegung derselben — beide erschienen in Paris 1837 bei Bailly in der Sprache der Ottawa's — ward er von der Gesellschaft für Verbreitung des Glaubens in Paris bedeutend unterstützt. Nachdem er hierauf in Rom, Laibach (wo er in slov. Sprache Nachrichten über die S. Leopoldsbruderschaft zur Unterstützung der Missionen schrieb) und Wien verweilt, ging er nach Amerika zurück, um die Indianer in Handwerken zu unterrichten. Durch 18 Jahre wirkte nun B. beständig bei der Dtschpawä's und zwar zunächst in der Station La Pointe im Staate Wisconsin, 1843 übergab er dieselbe der Sorgfalt eines anderen Missionärs und ging nach l'Anse, wohin noch kein Missionär gekommen war, und wirkte da ebenso segensreich; 1845 hielt er seine Missionen bei den neuentdeckten Kupferminen in Obermichigan, die von den schönsten Erfolgen begleitet waren. Der große Mangel an Priestern, der sehr störend auf das Befehrwerk wirkte, veranlaßte den ehrwürdigen Diener des Herrn, neuerdings nach Europa zu reisen, um dort Priester für die Canadier zu finden. Nachdem er seine Sendung vollendet, kehrte er nach Amerika zurück, wo er von seinem Bischofsstuhle Saint Marie (später Marquette) aus, seine apostolische Thätigkeit fortsetzte. Außer den bei Würzbach, dessen Angaben wir theilweise gefolgt sind, angeführten 3 indianischen Werken und der in Paris (1837) in französischer Sprache erschienenen Geschichte der Indianer Nordamerikas bewahrt die Bibliothek des hiesigen historischen Vereins die (1837) in Laibach erschienene „Geschichte der nordamerikanischen Indianer“, dann ein in indianischer Sprache (Laibach 1843) erschienenes Werk und die beiden Werke über die Sprache der Dtschpawä, das eine — in englischer Sprache — die Grammatik (Detroit 1850), das andere ein englisch-indianisches Wörterbuch dieser Sprache (Cincinnati 1853), das erstere noch mit der eigenhändigen Widmung des Verfassers: Laibach 27. März 1854, versehen.

Neueste Post.

Wien, 15. Februar. In der Sitzung der Kriegssection der reichsräthlichen Delegation wurde der Bericht über das gesammte Marinebudget erstattet. Der Budgetausschuß derselben Delegation nahm in seiner Plenarsitzung sämtliche Sectionsanträge über das Budget des Reichsministeriums an, und zum Berichterstatter (wofür?) wurde Hoch, zum Generalberichterstatter Pipy gewählt. — Im Reichsrath wurde eine Interpellation wegen der zunehmenden Lässigkeit der Bahnverwaltungen gestellt. Der Handelsminister sagt die Beantwortung zu und wird gleich Schritte veranlassen zur Abstellung der Uebelstände. Der Obmann des Confessionsausschusses theilt mit, daß die Regierung Abänderungen nicht principieller Natur zu dem interconfessionellen Gesetze einbrachte; über dessen Ersuchen ertheilt das Haus die Ermächtigung, daß der Confessionsausschuß die Regierungsänderungen berathe und darüber berichte.

Best, 15. Februar. Ihre kaiserl. Hoheiten Erzherzog Rudolf und Erzherzogin Gisela sind in Begleitung des Obersten Latour und des Rittmeisters Grafen Palfsy um halb 5 Uhr hier eingetroffen. Im Bahnhofe und an den Hauptpunkten, welche die höchsten Gäste mit Ihrer zahlreichen Suite zu passieren hatten, wurden Höchstselben vom Publicum erwartet und wärmstens begrüßt. — Der „Ungarische Lloyd“ erfährt, daß Comes Schmid pensionirt und Moriz Konrad zum provisorischen Comes der Sachsen ernannt wurde.

Berlin, 15. Februar. Der Landtag wird am 22. Februar geschlossen. — Im Abgeordnetenhanse hat die Regierung den Gesetzentwurf betreffend die Schließung der Spielbanken spätestens bis zum Jahre 1872 eingebracht. — Das Herrenhaus beräth über die Decla-

ration zum Artikel über die Redefreiheit. Der Justizminister ist für die Aufnahme der entsprechenden Bestimmung der Bundesverfassung in die preuß. Verfassung. Berlin, 15. Februar. Das Abgeordnetenhaus nahm das Etatsgesetz definitiv mit allen gegen eine Stimme (Jacobi's) an. — Das Herrenhaus hat den Antrag Vaskers (Sicherstellung der parlamentarischen Redefreiheit) verworfen, desgleichen den Antrag Vechmanns, welcher den auf die Redefreiheit bezüglichen Artikel der Bundesverfassung in die preussische Verfassung aufzunehmen vorschlug.

Rom, 15. Februar. Der Papst sprach gegenüber dem Vertreter des norddeutschen Bundes seinen Dank an den König von Preußen aus wegen der Worte desselben über die Unabhängigkeit des Papstes und den Schutz der Katholiken. Der Vertreter des norddeutschen Bundes versicherte, der König von Preußen ließe gerne einen Nuntius in Berlin zu. — Graf Chreptowich ist angeblich zum künftigen Gesandten Rußlands in Rom bestimmt. Der Papst verlangt die vorausgängige Aufhebung der Verfolgung und ungehinderte Zulassung eines Nuntius in Petersburg.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 15. Februar. 5perc. Metalliques 57.10. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.40. — 5perc. National-Anlehen 65.80. — Bancaactien 710. — Creditactien 188.40. — 1860er Staatsanleihen 82.30. Silber 115.75. — London 117.90. — R. Ducaten 5.61.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Die Clifton'sche atmosphärische Buttermaschine, welche in neuester Zeit durch alle Fachblätter die Runde macht, fand auch in der hiesigen Landwirthschaftsgesellschaft die gehörige Beachtung, und es wurden mannigfache Versuche durch eine kundige Hand gemacht, die unfehlbar im Gebiete der Haus- und Landwirthschaft in den Reiben der Ersten die Erste ist, daher auch dem von dieser Seite gefällten Urtheil über diesen neuen Butterapparat vollkommen Vertrauen beizumessen ist.

Um die geehrten Leser mit dieser preisgekrönten Buttermaschine bekannt zu machen, will ich in gedrängter Kürze eine Beschreibung dieses Apparates zu geben versuchen. Die Maschine selbst ist von großer Einfachheit. Sie besteht aus einem Blechcylinder und einer Blechröhre, als Kolben dienend, welche drein arbeitet. Die Blechröhre hat am untern Ende eine durchlöcherete Blechscheibe, die natürlich etwas kleiner im Durchmesser sein muß, als der Blechcylinder der die Milch, oder den Rahm aufnimmt; am obern Ende dagegen ist ein hölzernes Ventil befestigt, welches beim Aufheben der Röhre Luft einströmen läßt, hingegen beim Niederdrücken ihr den Rückzug abschneidet. Dieser Kolben d. h. diese blecherne Röhre, wird wie in einem gewöhnlichen Butterfaße auf und nieder bewegt und soll aus süßer Milch oder Rahm bei einer Erwärmung von 15-18° R. in 10 bis 15 Minuten Butter erzeugen, wobei die Buttermilch noch gleich anderer süßen Milch im Haushalte mehr oder weniger verwendbar bleiben soll.

Die gemachten Versuche zeigen wohl, daß mit diesem Apparate die Butter in solchem Zeitraum erzeugt werden könne, doch weder Butter noch Buttermilch entsprechen den gehegten Erwartungen.

Die Butter erhält eine so blaße, ja weiße Farbe und ist in der Qualität so beschaffen, daß selbe weder gerne in einem Haushalte gesehen wird, noch weniger aber marktfähig ist. Die Buttermilch dagegen kann wohl am selben Tage, da in selber immer noch genug Fetttheile enthalten sind, im Haushalte verwendet werden, bleibt sie jedoch über Nacht stehen, so hat sie einen unangenehmen saden Geschmack.

Eine solche Maschine zum Gebrauche bis auf 4 Maß kostet 6 fl. sammt Reiniger und sind solche in Wien, Niederlage Opernring Nr. 8, stets vorrätzig zu haben. Schollmayr.

Die Eisenbahn St. Peter-Fiume. Die Wahl der zweckmäßigen Trasse für die Anlage dieser 7 1/2 Meilen langen Linie erforderte sehr eingehende Terrain-Studien, und alles kam darauf an, nachdem die Hauptrichtung derselben durch deren beide Endpunkte bestimmt war, den günstigen Punkt für den Durch-

bruch der Wasserscheide zwischen dem Neccathale und dem Meere auszumitteln und es zeigte sich, daß nicht die niedrigste Stelle der Wasserscheide, sondern die Stelle südlich von Verdo, wo der Bergkamm am schmalsten ist, diejenige sei, welche allen Anforderungen entspricht. Vom südlichen Ende der Station St. Peter der Südbahn ausgehend, senkt sich die Linie über Narein in das Thal der Necca, um, an den westlichen Lehnen dieses Thales sich anschmiegend über Kallenberg, Toppolz, Freikriz, Mala Bukowicz den südöstlich von Verdo situirten günstigeren Uebergangspunkt zu erreichen und auf die Höhebene zwischen Saplane und Jurdani zu gelangen, von welcher aus sie nach einer scharfen Wendung in der Richtung von Dolezni Ratura, abermals eine östliche Richtung annimmt, um sich dann über Matuglie längs der Meeresküste senkend, das Niveau der Stadt Fiume zu erreichen. Die Steigungs- und Richtungsverhältnisse der Linie St. Peter-Fiume sind in Folge der ausgedehnten Terrainstudien, welche gemacht wurden, verhältnißmäßig günstig zu nennen, insbesondere, wenn man bedenkt, daß man die größte Defonomie in der Anlage der Bahn als erste Bedingung aufstellte. Es ist aus diesem Grunde, daß man Rampen von 0,33, das ist 1 zu 40 wählte, um von Fiume aus rasch die bei Jurdani beginnende Höhebene zu gewinnen. Die Anlagelosten der Längeneinheit sind hier ausnahmsweise ein Minimum, und der Betrieb wird durch dieses Steigungsverhältniß nicht wesentlich erschwert, weil der Verkehr abwärts in der Richtung von Fiume viel bedeutender sein wird, als jener aufwärts in der Richtung von St. Peter. Die Zahl der Kunstbauten wird in Folge der Configuration der Oberfläche des Karstgebirges eine bedeutende sein, ohne jedoch die Kosten der Bahnanlage bedeutend zu vertheuern. Tunnel sind projectirt bei Narein, bei Kallenberg (zwei) und bei Verdo an der Wasserscheide. Stationen sind beantragt in Freikriz, Saplane und Jurdani, Anzweigen bei Kallenberg und Matuglie. Der Umstand, daß die Linie Fiume-Karstadt ebenfalls in Fiume einmünden wird, ist die Veranlassung, daß sich über die definitive Anlage des Bahnhofes für diesen Hafen, welcher unstreitig einer bedeutenden Zukunft entgegengeht, noch nichts Bestimmtes sagen läßt.

Laibach, 15. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 30 Wagen und 5 Schiffe (30 Klaster) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Items include Weizen pr. Megen, Korn, Gerste, Hafer, Halbrucht, Heben, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Kirschen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, etc.

Angelkommene Fremde.

Am 14. Februar. Stadt Wien. Die Herren: Hubol, l. t. Lieutenant, Bahndruid, Saringer und Zerner, Kaufm., und Schemisch, von Wien. — Dr. Straber, Mediciner, von Littai. — Fortuna, Kaufm., von Gottsche. — Mihalevic, Möbelhändler, von Agram. — Jontke, von Baden. — Jontke, von Schwecat. — Schemitz, von Ofen. — Eisenzopf, von Benedig. — Pogatschnig, Werksverw., von Toplice. Elephant. Die Herren: Sätz und Bodnitscher, Kaufm., Frankl, Fabrikant, und Poltzer, von Wien. — Aufsich, Kaufm., von Rudolfswerth. — Faulst, l. t. Fünierschiffslieutenant, von Pola. — Servin, l. t. Lieutenant, von Baden. — Becker, Kaufm., von Berlin. — Pogacser, Privatier, von Eisen. Bayerischer Hof. Die Herren: Drolke, Bahnbeamter, aus Ungarn. — Kneuf, Ingenieur, von Steiermark. — Kleinscher, Handelsm., von St. Veit. Kaiser von Oesterreich. Herr Rieß, von Preßburg.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date, Time, Barometerstand, Lufttemperatur, Wind, Visibility, Barometerstand. Data for Feb 15 and 16.

Die Nächte heiter, von starken Reiften begleitet. Sonnige Tage, klare Luft, schönes Abendroth. Das Tagesmittel der Wärme am 15. 0.1°, am 16. um 0.5° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Jona v. Kleinmayr

Börsenbericht.

Wien, 14. Februar. Die Böse vertief in ziemlich günstiger Stimmung, namentlich für Industriepapiere, während Devisen und Valuten keiner wesentlichen Veränderung unterlagen. Geld flüssig. Geschäft beschränkt.

Large financial table with multiple columns: Öffentliche Schuld, Geld Waare, Actien, Pfandbriefe, Vorse, Cours der Geldsorten. Includes data for various bonds, stocks, and exchange rates.